

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1923**

19.7.1923 (No. 165)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlsruher  
Straße Nr. 14  
Fernsprecher:  
Nr. 953  
und 954  
Postfachkonto  
Karlsruhe  
Nr. 3515.

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
Chefredakteur  
E. Amend,  
Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert für Juli 28 500 M. — Einzelnummer 1200 M. — Anzeigengebühr: 1000 M. für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrichstraße 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abrechnung, zwangsweiser Beitreibung und Kontostandverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abrechnung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksaften und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

### Amtlicher Teil.

#### Die Feier des Verfassungstags 1923.

Wenn auch der Reichstag das Gesetz über die Feier- und Gedentage nicht mehr verabschiedet hat und demnach der 11. August dieses Jahr noch nicht als Feiertag im rechtlichen Sinne gilt, so soll doch in Übereinstimmung mit der Reichsregierung auch in diesem Jahre der Verfassungstag in würdigem Rahmen gefeiert werden. Einer Anregung des Reichsministers des Innern entsprechend sollen am Vormittag des 11. August von den Behörden des Landes amtliche Feiern unter Zuziehung der Vertreter der Bevölkerung veranstaltet werden. Im Mittelpunkt dieser Feiern soll die Weimarer Verfassung und das allgemeine Bekenntnis der Liebe zur Heimat, zum Vaterland und zum Staatsgedanken stehen, dabei soll in Reden, Programmen und Sammlungen des Besonderen und Einbruchgebietes besonders gedacht werden. Der Spätnachmittag und Abend soll den allgemeinen Volksfeiern offen stehen. In geeigneten öffentlichen und privaten Gärten und Können Gartenfesten einfacher Art stattfinden, die in erster Linie den Kindern gehören. Der Sinn dieser nachmittäglichen und abendlichen Veranstaltungen soll besonders auch der sein, das Interesse der Jugend an dem Verfassungstage zu wecken und für den Grundgedanken der Feier — Liebe zum Staat durch aktive Beteiligung — eindringlich nahe zu legen. Ein dem Verfassungstag kann Tanzveranstaltungen bis 12 Uhr erteilt werden.

#### \* Die innere Gefahr.

Einige amerikanische Blätter, die in dem Maße objektiver Beurteiler der europäischen Lage und besonders der deutschen Verhältnisse stehen, haben in der letzten Zeit mehrfach der Auffassung Ausdruck gegeben, der Verfassung des Deutschen Reiches drohen Gefahren von innen her. Es liegen in der Tat Anzeichen dafür vor, daß die französische Politik durch schamlose Provokationen leidenschaftlicher Triebe auch in entfernteren Gegenden Deutschlands weitere Erfolge errungen hat, die dem Reiche in zweifacher Beziehung gefährlich sind. 1. Weil sie den Erfolg der bisher bewährten Politik der Abwehr beeinträchtigen; 2. weil unlautere Elemente mit dem Kampf gegen den äußeren Feind, den Kampf gegen die jetzige Staatsform verknüpfen möchten.

Von diesen Elementen rückt die breite Masse aus dem Bürgertum entschieden ab. Es kann nicht genug dargelegt werden, daß es der französischen Politik nur darauf ankommt, die jetzige deutsche Abwehrmethode, den passiven Widerstand, der der französischen Ruhrpolitik lebensgefährlich wird, zu erschüttern, und durchzusetzen, daß wenigstens Ansätze von aktivem Widerstand ihr die Möglichkeit geben, mit der schon allein quantitativ unüberwindlichen Macht der französischen Armee gegen Deutschland vorzugehen zu können. In einer solchen Abwicklung könnte Poincaré außenpolitisch seine Rettung aus der Seelgefahr sehen, in die ihn seine Ruhrpolitik getrieben hat. Mit Recht! Denn Hitler und seine engeren und entfernteren Freunde an Front und Spree mögen es sich gesagt sein lassen — Stimmen des nichtfranzösischen Auslands bestätigen es —, daß schon der erste aktive Stoß gegen das jetzige deutsche System der Abwehr, des Regierens und der Verfassung die Einheitsfront aller Alliierten zu Wasser und zu Lande gegen Deutschland, und zwar im Poincaréschen Sinne, gegen Deutschland herstellen würde. Die Flucht des Kapitän Ehrhardt weckt Hoffnungen bei Desperados und Verführten, sie weckt Befürchtungen bei Allen, die in der Beschützung der Reichsverfassung, in der Aufrechterhaltung der Ordnung und in der Errettung Deutschlands aus seiner Not das höchste und nächste Ziel sehen. Der Zusammenschluß aller Kreise, die nichts von Hitlergarden und proletarischen Hundertschäften wissen wollen, wird Herrn Poincaré zu beweisen haben, daß er sich verrechnet, wenn er seine Hoffnungen auf Extreme nach links und rechts in Deutschland setzt.

Woher mögen wohl diese hier von uns abgedruckten Ausführungen stammen? Aus einem sozialdemokratischen Blatt natürlich nicht; denn es wird dort im Namen des Bürgertums gesprochen. Wir haben sie aber auch nicht etwa in einem Zentrumsblatt oder in einem sozialdemokratischen Organ gefunden, sondern — zu unserem eigenen freudigen Erstaunen — im „Karlsruher Tagblatt“ u. zwar als Berliner Leitartikel in der Nummer vom letzten Sonntag. Würden sie in einer Zeitung gestanden haben, die bisher eifrig und unabweisend dem neuen Stat gebietet und in Konsequenz dieser Echtheit

feucht auch aktiv am Kampf gegen die Feinde des neuen Staates teilgenommen hätte, so würden wir von ihnen nicht viel Aufhebens machen, da sie ja schließlich für ein solches Blatt selbstverständlich sind. Beim „Karlsruher Tagblatt“ liegen die Dinge anders. Dieses Organ hat in den letzten Jahren zum mindesten den offenen und entschiedenen Kampf gegen den Rechtsbolschewismus nicht mitgemacht. Falls nicht gerade ein besonders schwerwiegendes Ereignis oder eine Regierungskundgebung das „Karlsruher Tagblatt“ zwang, in Erfüllung seiner Chronistenpflicht den Lesern kurz von den immerhin nicht zu unterschätzenden Tatsachen Mitteilung zu machen, ist es allen sonstigen Meldungen und Nachrichten, Äußerungen und Abhandlungen, die die vom Rechtsbolschewismus drohende Gefahr schilderten und bewiesen, aus dem Wege gegangen. Und, wenn wir am 29. Juni an dieser Stelle geschrieben, die rechtsbolschewistische Propaganda müsse vor allem deshalb Besorgnisse erwecken, weil sie von einem nicht unerheblichen Bruchteil des Bürgertums mit Duldung und Nachsicht hingenommen werde, haben wir dabei u. a. gerade an das „Karlsruher Tagblatt“ und seine Leserschaft gedacht.

Hier lag in der Tat die Wurzel alles Übels. Alle die Blätter, und alle die Staatsbürger, die immer wieder die rechtsradikale Propaganda mit einem Achselzucken als unangehörlich abtaten, haben mit dieser ihrer Stellungnahme dem Vaterland schweren Schaden zugefügt. Denn ihre Toleranz, der sich oft geradezu eine Portion ungemischter Freude an den Leistungen dieser Propaganda beimißte, hat es verschuldet, daß der Rechtsradikalismus derartig umhingerufen konnte.

Alle diese Blätter vom Schläge des „Karlsruher Tagblatts“ haben systematisch ihren Lesern jene manchmal zweifellos etwas übertriebenen, in der Hauptsache aber durchaus richtigen und beglaubigten Nachrichten verheimlicht, die man in allen, dem neuen Staate ehrlich dienenden Zeitschriften und Zeitungen täglich in Stille und Fülle lesen konnte. Statt dessen wurde dem Publikum eingeredet, daß die Meldungen von der rechtsbolschewistischen Hege in der Mehrzahl Hirngespinnste seien, mit denen gewisse Parteien krebzen gingen, und daß gar keine Veranlassung vorliege, den Warnungen vor jener inneren Gefahr wirkliche Beachtung zu schenken. Jetzt endlich scheint das Erwachen erfolgt zu sein. Jetzt endlich scheint man aus außenpolitischen Beobachtungen und Erwägungen heraus einzusehen, daß diese rechtsradikale Propaganda uns unter Umständen um alle Erfolge im außenpolitischen Spiel bringen kann, mögen diese Erfolge an sich auch noch so bescheiden sein.

Man merkt jetzt endlich auch in den Kreisen des mehr rechtsgerichteten Bürgertums, daß die wachsende rechtsradikale Propaganda geeignet ist, die wolkpolitische Stellung Deutschlands zu gefährden. Man liest nicht nur in französischen, sondern auch in englischen, amerikanischen, italienischen und neutralen Blättern in letzter Zeit häufig genug Artikel, die davon sprechen, daß die Reaktion in Deutschland überhand nehme, und daß es sonach wohl bereits zu spät sei, dem deutschen Volke zu helfen. Denn darüber sind sich so ziemlich alle Nationen der Erde klar, daß einem Deutschland, in welchem das alte System wieder zur Herrschaft gelangt, in welchem der Militarismus wieder Trumpf wird, nicht geholfen werden darf. Ja, es wird im Ausland als ganz selbstverständlich betrachtet, daß das alte Kriegsbündnis sich sofort wieder erneuern würde, wenn es in Deutschland — und sei es auch nur vorübergehend — irgend wo zu einer Restitution der alten Gewalten käme. Andererseits gibt es vernünftige Ausländer genug, die an eine solche Restitution nicht glauben, aber dafür die Meinung vertreten, daß man dem ernstlichen Wiederaufbauwillen Deutschlands nicht trauen könne, solange ein Teil gerade der gebildetsten Schichten sich in einer Propaganda gefällt, die doch offensichtlich im Innern wie nach außen die Kraft zum Wiederaufbau lähmt und untergräbt.

Diese Dinge beginnt man nun also anscheinend auch in den Kreisen des rechtsgerichteten Bürgertums einzusehen. Gerade die Flucht Ehrhardts mit ihren Begleitumständen hat gezeigt, bis zu welcher Verwilderung der Begriffe von Beamtenpflicht die rechtsbolschewistische Hege geführt hat. Denn nicht das ist das Entscheidende, daß Ehrhardt zu entfliehen versuchte und dabei von seinen Freunden außerhalb des Gefängnisses unterstützt wurde, sondern, daß ihm dieser Fluchtver-

such mit Hilfe bestochener oder zu rechtsradikalischen Anschauungen bekehrter Beamter gelang. Daß sich das alles abspielen konnte im Bereich eines Staates mit sozialistischer Mehrheit und sozialistischer Regierung, ist noch eine besondere Ironie des Schicksals. Auch die Tatsache, daß Ehrhardt allen Anordnungen zum Trotz während seiner Inhaftierung eine Sonderstellung mit manchen Privilegien genießen konnte, gibt zu denken. Andererseits braucht man sich schließlich über nichts zu wundern, wenn man auch jetzt noch im Gespräch mit Staatsbürgern, die schon längst über das Schwabenalter hinaus sind, Ansichten feststellen kann, die von unerbittlicher Sympathie für Ehrhardt zeugen und das Faktum, daß es sich hier um einen Hochverräter und um einen des Meinenids Beschuldigten handelt, kühl ignorieren.

Es ist die Aufgabe der vielleicht nicht gerade zahlreichen verantwortungsbewußten Männer innerhalb des rechtsgerichteten Bürgertums, hier nun endlich einmal für die nötige Aufklärung zu sorgen. Es sind unser aller Interessen, die bei der rechtsbolschewistischen Propaganda auf dem Spiele stehen. Pflichttreue und Ordnungsliebe, Redlichkeit und Gehorsam müssen vollends zum Teufel gehen, wenn diese Propaganda noch weitere Fortschritte macht. In den Kreisen der dem rechtsgerichteten Bürgertum angehörenden Jugend ist der Rechtsbolschewismus und die Hofenkreuzerei geradezu Mode geworden, eine Mode, an deren Folgen allerdings das ganze Volk zu leiden hat. Wir vermögen diese Jugend nicht eines besseren zu belehren. Das ist Sache ihrer Eltern und ihrer erwachsenen Angehörigen. Es will uns aber so scheinen, als ob auch diese Erziehungspflicht, wie so manche andere, von den Eltern und Erwachsenen nicht anerkannt wird!

### Rechtsputsch — Bürgerkrieg.

Dr. Hermann Schühinger, sächsischer Polizeioberst, schreibt im „Volkstfreund“:

Wie oft schon ist seit Bestehen der Republik die Gefahr des Bürgerkrieges vor uns aufgestiegen, verschleiert oder ganz nackt und unverhüllt, und hat uns meist nachträglich die These bewiesen, daß die in der Tiefe weiter Volkschichten schlummernden und durch eine Gehpresse immer wieder genährten Kräfte immer wieder zur Explosion drängen, trotz Staatsgerichtshof und Republikshut, trotz politischer Polizei, Gendarm und Staatsanwalt. Die verantwortungsbewußten Organe der republikanischen Parteien sprachen daher auch in den letzten Tagen samt und sonders von der großen Gefahr des Bürgerkrieges, allerdings meist ohne die militär- und verwaltungstechnischen Konsequenzen dieser Erkenntnis zu ziehen.

Unter „Bürgerkrieg“ stellt sich der Spießbürger weiter nichts als ein wildes Chaos von Barrikaden, zertrümmerten Läden, brennenden Häusern, rauchenden Türmen, gewaltige, aufeinander losstürmende Heerhaufen, mit Erhängten gezielte Kandelaber und ähnliches vor. Wir wollen das Reich der Phantastie verlassen und auf Grund der realen machtpolitischen Unterlagen vom militärischen und politischen Gesichtspunkt aus Ausbruch und Verlauf eines deutschen Bürgerkrieges analysieren.

Aussicht auf Erfolg des Angreifers hat der Bürgerkrieg nur, wenn das ganze Volk sich infolge schwerer inner- oder außenpolitischer Erschütterungen im Fieberzustand befindet und in seiner Masse nicht mehr Herr seiner klaren Entschlüsse ist. Zu normalen Zeiten würde die träge Masse der Indifferenten und die passive Resistenz der Arbeiterschaft bei mangelndem Zulauf zu den antirepublikanischen Condotteris die Bewegung im Sand verlaufen und verrotten lassen. Ein deutscher Aufstand aber braucht Schwung und Elan in breiten Schichten des Volkes, die den Schritt seiner freiwilligen-Bataillone beschließen und ihm rasch greifbare Ziele dicht vor die Stirne rücken.

Bei der Verflechtung der deutschen Länder in die deutsche Wirtschaft kann dieses Ziel aber nur die Beherrschung des deutschen Gesamtstaates und der deutschen Gesamtwirtschaft bilden, deren Nervenzentren in der Reichshauptstadt zusammenlaufen. Das Zentrum der antirepublikanischen Gegenbewegung aber liegt im Süden, in Bayern, wo Hitler, Ludendorff und Kahr seit Jahren ihr Aufmarschgebiet gegen die deutsche Republik beackern. Läge die Zentrale der deutschen Politik und Wirtschaft dicht greifbar vor den Grenzpfählen des bayerischen Staates, etwa in Frankfurt oder Koblenz, dann hätten Hitler und Kahr wohl längst die gemeinsame Parole gefunden, daraufzufolge sich der muslimische Staatsstreich unter Konzeptionen an die bayerischen Sonderwünsche in Deutschland wiederholt hätte.

Die Gründe, warum dies nicht geschah, liegen auf militärtechnischem und militär-geographischem Gebiet. Nach dem Mißlingen des lokal auf die Reichshauptstadt beschränkten Kappzuges rang sich zweifellos in den Führern der Kontrevolution die Überzeugung durch, daß ein neuer Staatsstreich auf breiter Basis angelegt und aus einem militärisch eingehend vorbereiteten „Aufmarschgebiet“ heraus gegen die Reichszentrale geführt werden müsse. Daher die Bildung von nationalsozialistischen „Garnisonen“ in ganz Süddeutschland, Bayern, Württemberg und Österreich, daher das ständig wiederkehrende St-Lwort Hillers vom „Marsch auf Berlin“.

Nun dürfen wir uns nicht eine Aktion mit Massenheeren, wie sie der Weltkrieg gesehen hat, einen Artillerieeinmarsch wie an der Somme oder an der Aisne vorstellen! Dazu reichen weder die Menschen noch das Geschützmaterial noch die Munitionsbekände der deutschen Aktivistin aus!

Ich weiß, es sind ganz abenteuerliche Visionen über die Stärke der Hitler-Lubenderffischen Armee im Umlauf; man spricht von 100 000 und 150 000 Mann. Vor dieser Legendenbildung möchte ich dringend warnen. Es ist anzunehmen, daß es Hitler bei der günstigsten Rufsparole wohl kaum gelingen wird, mehr als 20 000 bis 30 000 Mann auf die Beine zu bringen, die mit herzlich wenig Artillerie und einer mäßigen Anzahl von Maschinengewehren ausgestattet sein werden. Die Stärke dieser Armee aber wird ihre höchstgeleitete Führungstechnik, ihre Beweglichkeit und die Stoßkraft ihrer ausgelesenen Sturmabteilungen darstellen. Bei der Fülle der ihr zur Verfügung stehenden ehemaligen Offiziere müssen wir damit rechnen, in jedem Bataillionsführer einen ehemaligen Generalstabler zu sehen. Auf Kraftwagen und Sonderzügen wird sich diese Armee blitzschnell vorbewegen können, ihre Flügel werden mit außerordentlicher Geschwindigkeit einschlagen oder sich staffeln; der Nachschub wird bei der zahlenmäßigen Kleinheit der Armee, die ihr gestattet, „vom Kriegsschauplatz zu leben“, auf ein Mindestmaß beschränkt werden können und damit die Beweglichkeit der Vormarschkolonnen wesentlich erhöhen. (Von diesem Gesichtswinkel aus müssen wir die Hitlerischen Feldübungen in München betrachten.)

Wenn Berlin also an der Stelle Frankfurts oder Koblenz ernste Chancen des Gelingens. Man schiebt sich aber breit und wichtig zwischen die Schlüsselorte des industriellen Nordens und das industriell-südliche Süddeutschland die Barriere der Arbeiterstaaten Thüringens und Sachsens mit ihrer republikanischen Schutzpolizei als Faktor der aktiven und ihrer Arbeiterschaft der passiven Abwehr. Wenige Brückenpfeiler und Talsperrungen genügen, um das leichte Gebilde einer Rufsarmee im mitteldeutschen Gebirge festlaufen zu lassen und der Reichserehrliche die Zeit zum Aufmarsch und Gegenangriff zu ersparen.

Was hat die deutsche Republik zur Abwehr dieser Gefahren zu tun? Die Reichswehr, mit Artillerie und Minenwerfern hinreichend ausgestattet, um einen Hitlerputsch in 3 bis 4 Tagen niederzuwerfen, ist als Wehrmacht der Republik die berufene Instanz, staatsfeindliche Unternehmungen zu bekämpfen. Ich glaube nicht, daß die Gesamtheit der Reichswehr, wie man sich das in Arbeiterkreisen so vorstellt, ohne jede Hemmung nach dem Muster der Kapp-Ara ins Lager der Reaktion drängen wird. Wir dürfen auch nach dem Hamburg-Altonaer und dem Magdeburger Reichswehr-Standal nicht die Hoffnung aufgeben, daß ein großer Teil der Reichswehr, vor allem die Mannschaften und Unteroffiziere der großen Garnison und ein gut Teil der Offiziere in verantwortlicher Stellung sich entschieden für die Republik einsetzt; dasselbe kann vor allem vom Reichswehrminister und seiner nächsten Umgebung behauptet werden. Ein gewisser Teil der republikanischen Wehrmacht aber wird vermutlich seine Pflicht nicht erfüllen und auf der anderen Seite stehen. Diese Hemmungen innerhalb der Reichswehr aber können genügen, wichtige Teile unseres Reichsheeres zu lähmen und den Gesamtapparat des Aufmarsches gegen eine rechtsputschistische Armee zu stören.

Und die Hunderttausenden der deutschen Arbeiterschaft? Auch hier müssen wir eine Mission zerküßern. Sie eignen sich wohl für die Organisation des passiven Widerstandes; sie sind sehr wertvoll als „Menschen-Reservoir“ für die „Hilfspolizei“; sie können in den Großstädten wertvolle Ordnungsdienste leisten und die uniformierte Polizei für anderweitige Aufgaben frei machen — aber für den Bürgerkrieg im freien Feld, da taugen sie nicht! Dazu gehört ein großer Befehlsapparat, dazu gehören Stäbe, die den Aufmarsch, den Vormarsch, den Einsatz zum Gefecht, die Technik des Nachschubs, der Unterkunft usw. bearbeiten! Das greift in ein Gebiet hinüber, auf dem sich von Seiten nichts improvisieren läßt!

So bleibt uns nichts übrig, wie die republikanische Schutzpolizei der republikanischen deutschen Länder. Sie ist zahlenmäßig ja leider recht schwach; der § 113 des Strafgesetzbuches aber gestattet ihre Verstärkung für die im Fall der Gefahr aufzurufende „Hilfspolizei“, welche es ermöglicht, unter rationaler Ausnutzung der Waffen- und Ausrüstungsgegenstände, ihre Zahl etwa zu verdreifachen. Selbstverständlich ist es an und für sich nicht ihre Aufgabe, die Reichswehr überflüssig zu machen und den Polizeidienst unnötigweise zu militarisieren. Wenn uns aber kein anderer Ausweg bleibt, wenn wir in die Reichswehr noch nicht das Vertrauen setzen können, das wir gern möchten, dann dürfen wir nicht von unbewaffneten Arbeiter-Hunderttausenden alles Heil erwarten, das sie uns beim besten Willen niemals bringen werden, sondern müssen das kleinere Übel wählen: im Rahmen unserer Schutzpolizei-Verbände fachmännisch einwandfreie Kadern vorzubereiten, die

wir im Fall der Not zum Schutz der Republik, aufgefüllt von der republikanischen Jugend, vor allem der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft und der einwandfrei republikanischen Bevölkerung gebrauchen können mit aller Schärfe und aller Macht.

Selbstverständlich schließt diese Vorbereitungsarbeit vor allem organisatorischer Art nicht eine Militarisierung des Polizeidienstes in sich. Führerarbeit gilt es in allererster Linie zu leisten um im Fall der Gefahr Polizei-Verbände aus dem Boden stampfen zu können, die anstelle und hoffentlich neben der Reichswehr mit aller Kraft den Stoß aufzufangen vermögen, der uns von einer führungstechnisch erstklassigen Rufs-Armee mit ihren wendigen und beweglichen Kraftfahrzeugkolonnen aus dem Süden droht.

Die beste Rufs-Abwehr aber ist die unablässige Republikanisierung unserer Verwaltung und unserer Wehrmacht. Die Männer, welche in der deutschen Schutzpolizei ein zähes Stück Reformarbeit geleistet haben, sind keine Landsknechtsnaturen, die den Krieg — und wenn es sein muß — den Bürgerkrieg suchen um jeden Preis. Die Erfahrungen in der Umbildung der Köpfe unserer Schutzpolizei-Offiziere aber müssen über kurz oder lang eine Reform-Aktion unserer Reichswehr dienstbar gemacht werden — dann erst haben wir Ruhe und Frieden vor dem uns ewig bedrohenden Gespenst des Bürgerkrieges.

Die deutsche Arbeiterschaft ist nicht gewillt, dem Brand der unter unseren Füßen schwelenden Bürgerkrieg-Gefahr freudlich neuen Zündstoff zu liefern. Je gründlicher und je rücksichtsloser wir dem Gespenst die Maske vom Gesicht reißen, desto mehr dienen wir dem deutschen Volk und seinem inneren Frieden.

## Politische Neuigkeiten.

### Angebliche englische Vorschläge.

Paris, 18. Juli. Der Londoner Berichterstatter des „Petit Journal“ will erfahren haben, daß das, was die Engländer vorzuschlagen, nämlich keine auf den komplizierten Mechanismus der wirtschaftlichen Tätigkeit Deutschlands, der zusammengebrochen sei. Aus diesem Grunde werde man nicht mehr von einem Moratorium sprechen, sondern viel eher von einer kollektiven Intervention der Alliierten in die Geschäfte Deutschlands. Die Reparationskommission solle verzögert und eine Art großer Kontrollkommission werden, an deren Spitze man sehr gern einen Amerikaner sehen werde. Es handle sich nicht nur um das Ruhrgebiet, sondern um ganz Deutschland, nicht um es zu zerstören, nicht um es zu ruinieren, sondern um herauszuholen, was es nicht autwillig herbeigebe, und das werde sicher leichter sein, als Österreich auf die Beine zu bringen. — Guibert Mazon und der Herausgeber des „Economist“, Lacton, setzen sich für die Verrückung eines Finanzverwalters in Deutschland unter der Ägide des Völkerbundes nach dem Vorbild Österreichs ein.

London, 18. Juli. Auf Grund von Pariser Berichten neigt die englische Presse zu etwas größerem Optimismus, jedoch waagt niemand die Hoffnung auszusprechen, daß der Versuch gelingt, bezüglich des passiven Widerstandes ein Kompromiß aufzustande zu bringen, das nach englischer Auffassung allein darin bestehen könnte, daß England die französische Forderung auf Einstellung des offiziellen Widerstandes in gewissen Grenzen und unter gewissen Voraussetzungen in seinem Antwortentwurf unterläßt.

### Deutscher Einspruch gegen die Verkehrssperre.

Die Reichsregierung hat durch ihre Geschäftsträger in Paris und Brüssel bei den dortigen Regierungen schärfste Bewahrung gegen die Verlängerung der Verkehrssperre eingeleitet. Durch die Botschafter in Rom, London und Washington sind die dortigen Regierungen und der Heilige Stuhl über den Schritt der Reichsregierung und über den Ernst der Situation, der diesen Schritt notwendig machte, orientiert worden.

### Die Ruhrpolitik Frankreichs.

Brüssel, 18. Juli. Das Kriegsgericht des 30. französischen Armeekorps in Wiesbaden verhandelte gestern gegen Bürgermeister Rich (Höck) sowie gegen Bürgermeister Schölling (Nied). Beide wurden auf Grund der Verordnung 162 der internationalen Rheinlandkommission (betr. Bewachung der Bahnübergänge und Niederlassung der Schrancken) zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Auf diese Strafe wird die drei Wochen betragende Untersuchungsfrist angerechnet, so daß die Verurteilten die übrigen keine Revision einlegen werden, noch neun Wochen zu verbüßen haben.

Ludwigshafen, 18. Juli. Am 14. Juli wurden ein lediger und 17 verheiratete Eisenbahner mit Frauen und 29 Kindern

ausgewiesen, am 15. und 16. Juli ein lediger und 31 verheiratete mit Frauen und 54 Kindern.

Paris, 18. Juli. Die „Humanité“ veröffentlicht folgende Depesche aus Berlin: Frankreich trifft im besetzten Gebiet große Vorbereitungen für die Ausrufung der rheinischen Republik. Zu diesem Zwecke (1) haben die französischen Behörden die Schließung des besetzten Gebietes bis zum 26. Juli verlängert. Der Staatsstreik sollte bereits am 14. Juli vor sich gehen. An diesem Tage sei er aber nicht durchführbar gewesen wegen der Enthaltungen der Presse und wegen verschiedener Meinungsverschiedenheiten, zu denen es innerhalb der Partei der rheinischen Republikaner gekommen ist.

### Die französische Spionage in Deutschland.

Dem Urteil des Münchener Volksgerichts im Hochverratsprozess Ruchs und Genossen entnehmen wir folgende bemerkenswerte Aufstellung:

„Viele Deutsche haben keine Ahnung davon, daß im Pariser Ministerium des Äußeren eine riesengroße Spionagesentrale für das besetzte und unbesetzte Deutschland besteht, mit 5 großen Spionage-Hauptabteilungen für diplomatische, innerpolitische, militärische, technisch-industrielle und wirtschaftliche Spionage, daß Deutschland mit einem dichten Netz französischer Spione, Propagandisten und Verführer überzogen ist, daß auf deutschem Boden selbst große Spionagesektionen, beispielsweise in Aachen eine Spionagesektion mit einem hundertköpfigen Personal und einem eigenen Kurierdienst nach Paris, bestehen, daß das unbesetzte Deutschland in neun norddeutsche und vier süddeutsche französische Spionagesektoren eingeteilt ist, welche ungeheurer Schäden — von allen Schäden wirtschaftlicher und sonstiger Art ganz abgesehen — allein in nationaler Beziehung durch die tägliche französische Verführung und diejenige ihrer Helfershelfer von der Art eines Dornes entsetzt, daß es nationale Pflicht ist, gegen diese französische Spionage, Propaganda und Provokationsverführung anzukämpfen.“

Daß die hier gekennzeichnete großartige französische Spionagesorganisation im westlichen Deutschland als Beweis der „friedfertigen“ Tendenzen des westlichen Nachbarn angeprochen werden können, wird man kaum irgendwo in der Welt zu behaupten wagen, am wenigsten in Deutschland, das an der Ruhr und am Rhein täglich und stündlich weit eindringlichere Beweise der „friedfertigen“ Poincarés und seiner militärischen Vollzugsorgane zu fühlen bekommt!

### Die Reichsregierung zu den Rutschgerichten.

Das Volksbureau veröffentlicht eine Mitteilung, in der es heißt, daß nach Auffassung der Reichsregierung die in der letzten Zeit aufgetauchten Preissteigerungen, die die Möglichkeit eines Bürgerkrieges erhöhen, keine Grundlage in Tatsachen hätten. Die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes lehne es ab, sich von irgend einer Seite in blutige innerpolitische Kämpfe hineinziehen zu lassen. Sollte es aber dennoch von irgendwelder Seite gegen den offenkundigen Willen der Volksmehrheit zu Versuchen gewaltsamer Auseinandersetzungen kommen, so würde die Reichsregierung einen solchen Anschlag gegen den Bestand und die Verfassung des Reiches mit allen Mitteln rücksichtslos niederknallen. Die notwendigen Maßnahmen hierzu stehen der Reichsregierung zur Verfügung. In der Beurteilung dieser Dinge besteht zwischen ihr und der preussischen Regierung volles Einverständnis. Insbesondere weist die Regierung den vom Reichstagsabg. Wulle gegen einen preussischen Minister gerichteten Amourfö zu, daß mit dessen Wissen der Bürgerkrieg organisiert werde.

### Die Regelung des Lohnwertes.

Berlin, 19. Juli. Die Besprechungen im Reichsfinanzministerium, die über die Frage, wie die Regelung des Lohnwertes erzielt werden kann, mit dem von den Spitzengewerkschaften gebildeten Vorkommensrat stattgefunden haben, sind gestern abend abgeschlossen worden. Die festgesetzten Richtlinien haben folgenden Wortlaut:

1. Der Ausschuss soll die Höhe der Arbeiter zur Erhaltung ihres Wertes dem veränderten Geldwert anpassen. Bei geringerer Veränderung des Geldwertes seit der letzten Regelung kann von einer bezüglichen Anpassung abgesehen werden.
2. Über die Höhe des Reallohnes zu verhandeln, ist nicht Sache des Ausschusses, sondern der Vertragsparteien selbst. Für Zeiträume, für die eine Anpassung bereits erfolgt ist, findet keine rückwirkende Änderung des Reallohnes statt.
3. Die Anpassung erstreckt sich gleichmäßig auf Leistungen, Löhne wie auf die Speziallöhne.
4. Dieses Abkommen kann unter Vorbehalt einer Frist von 14 Tagen zum 15. oder letzten jeden Monats bestätigt werden. Wird der Reallohn neu vereinbart, so kann jede Seite das Abkommen fristlos kündigen.

### Karlsruher Konzerte.

Im zweiten Kammerkonzert des badischen Konservatoriums im Musikraum der Kunstausstellung ließ Fräulein Mathilde Roth zunächst drei Klavierwerke von Jos. Chr. Bach, Haydn und Mozart eine ziemlich erschöpfende Wiedergabe zuteil werden. Gegen die grundmusikalische Interpretation von fünf Schubertliedern durch Jan van Gortom, der oben auch ein routinierter Kenner der Liedliteratur ist, sind technisch und künstlerisch kaum nennenswerte Einwendungen zu machen, es sei denn, daß der kleine Raum einer weiseren Ökonomie der meisten zu vollentwidelten Tonstärke an sich verlangt. Nicht sehr stimmungsreich fand ich die folgende Beethoven-Sonate wiedergegeben. Sie ist erheblich unter der Intonierung der beiden Vortragenden. Der Belgioner Wilhelm Graber's hatte kläglich wenig Reiz, feinste Schattierungen der gegenseitigen Stimmung fehlten, der harte Klavierton triumpierte über die schwächliche Violine. Die rein technische Ausführung allerdings bewies viel Geschick und verdiente die lobhafte Anerkennung des wenig zahlreich erschienenen Publikums, der anscheinend zu solchen Kunstausstellungskonzerten nur schwer den Weg finden kann.

Im Eintrachtsaal präsentierten sich an zwei Abenden Schüler der Oberklassen des Musikischen Konservatoriums. Unter dem Gesichtspunkt von Schülerleistungen war an dem zweiten (letzten) Abend den ich mitanhören konnte, manches gut zu nennen, wenn auch noch nicht hochwertig. Vor allem dürften die interessiert lauschenden Hörer mit den Darbietungen Louise Amerbachers zufrieden sein, einer technisch schon recht gewandten und musikalisch geschmackvollen Sängerin (Mezzosopran), der Glanz ich habe sie verlassen“ garnicht über gelang. Als hoffnungsvolles Talent ist auch Karl Huber hervorzuheben, der sich in einem Spottkonzert und in „Requiem“, „Ballade und Polonaise“ als vorzüglicher Beherrscher seines Instruments (Violine) zeigte. Dagegen fehlte Martha Wafel (Klavier) noch sehr an künstlerischer Durchdringung und technischer Sauberkeit. Warum mußte diese unfertige Schülerin sich auch gerade an Beethovens Es-dur-Konzerte wagen, wozu sie es an allem, an virtuoser Souveränität, an musikalischer Tüchtigkeit, an absoluter Unabhängigkeit usw. mangelt? Dagegen wurden verschiedene Klavierstücke von Friedrich Uhl erstmals aufgeführt, die an persönlichem Gehalt sehr arm sind, aber immerhin nach modernen Mitteln modernisiert scheinen. Übermäßige und verminderte Intervalle sowie alle die andern Erzeugnisse der jüngsten Zeit sind dem Komponisten jedenfalls geläufig, nur muß er je konzentrierter und stimmungsgemäßer amenden lernen, vielleicht hat er dann in annehmbaren Grenzen einen wirkungsvolleren Erfolg damit. H. Sch.

### Vortragsabend in der Deutschen Kolonialgesellschaft.

In unsere ehemalige einzige Siedlungskolonie Deutsch-Südwestafrika, welche die südafrikanische Union nun als „Mandatar“ verwaltet, führte uns ein am Mittwochabend von der Abteilung Karlsruhe der Deutschen Kolonialgesellschaft in der Technischen Hochschule veranstalteter Vortragsabend. Es sprach Herr Kindt-Darmstadt, der insgesamt 24 Jahre als Farmer und Herausgeber einer Zeitung in Deutsch-Südwestafrika gelebt hat und als mißliebiger nach dem Waffenstillstand 1918 nebst zahlreichen anderen Deutschen von den neuen Machthabern ausgewiesen worden war. Unter Vorführung von Lichtbildern wußte uns der Vortragende 2½ Stunden lang sehr interessant und eingehend von dem Land zu erzählen, an dem die Herzen so vieler Deutsche hängen, wobei er allerdings sich entschuldigen mußte, daß die von der Berliner Zentrale zur Verfügung gestellten Lichtbilder schlecht ausgewählt und veraltet waren und überdies zwar recht schön und bunt, aber nicht richtig koloriert. Recht fesselnd war namentlich seine Schilderung der Verteilung der Kolonie durch die schwachen deutschen Kräfte im Weltkrieg. Den 6000 ganz mannsfähig ausgerüsteten und versetzten Verteidigern, die ohnehin außerordentlich lange Stappen zu sichern hatten, fanden unter Führung von Botha und 80 000 Angeworbener mit einem reichen Auto- und Flugzeugpark und bestem Fernmaterial gegenüber. Dennoch hat man die bekannten rühmlichen Waffenerfolge erlangt, bis schließlich immer weiter nach Norden gedrängt, umgangen von drei Seiten, von allem notwendigen entblößt und dazu von

widrigen Unfällen verfolgt die schwachen deutschen Verteidigungskräfte sich nördlich von Otavi unter ehrenvollsten Bedingungen ergeben mußten. Es folgte dann die Zeit der englischen Besatzung, bei der freilich Südwestafrika, wie der Vortragende feststellte, bei weitem nicht das zu ertragen hatte, was die von den Franzosen besetzten deutschen Gebiete zu leiden haben. Eine Verhinderung brachte dann allerdings die Bedingungen des Waffenstillstands von 1918. Die Wirtschaftslage der im Lande vertriebenen deutschen Farmer ist gegenwärtig äußerst schwierig, so daß sie — was nicht zu viel gesagt ist — unmittelbar vor dem Ruin stehen. Der Grund ist die unter dem Einfluß der mitteleuropäischen Wirtschaftskrise eingetretene Störung der Viehexporte aus der Union. Der Hoffnung, daß wir Deutsch-Südwestafrika einst wieder bekommen würden, stand Herr Kindt ganz pessimistisch gegenüber. Das Land gehöre zum Wirtschaftsgebiet der südafrikanischen Union, die sich früher oder später, wie einst Nordamerika, vom englischen Mutterland politisch emanzipieren werde. Da aber die Buren, namentlich die Nationalisten unter Herboog der deutschen Kultur zuneigen, habe das in Südwestafrika verbleibende deutsche Element eine bedeutsame Kulturmission vor sich. Reicher Beifall dankte dem Vortragenden, der an vielen Stellen warme vaterländische Töne fand.

Landesbibliothek Karlsruhe. Das volle Zugangserzeichnis in gewohnter Form konnte für 1921 der Kassen wegen nicht erscheinen. Es ist aber, zum Teil durch eine Spende, möglich geworden, eine Auswahl aus den Jähren Badisches Schrifttum, Geschichte, Lebensbeschreibungen, Erdkunde und Reisen, Naturwissenschaften, Musik, Kunstgeschichte zu bieten, die teilweise in billigerem Steindruck hergestellt werden mußte. Da vor 50 Jahren die sehr wertvolle Hofbibliothek in Staatsverwaltung übergeben und als Hof- und Landesbibliothek eingerichtet worden war, sind Rück- und Ausblende des früheren Vorstandes, Geheimrat Dr. W. Brambach und des jetzigen Direktors Dr. H. Längin beigefügt. Das Werk umfaßt 14 Seiten und wird gegen Vereinfachung des Betrags von 10 Mark Postgebühr für Druckkosten, zurzeit 600 M., an die Direktion, postfrei zugesandt. Wegen der beschränkten Auflage wird es nur an Auswärtige verkauft.



